

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Kapitel 1 Kontakt mit dem Finanzamt – Was ist zu tun?	
1.1 Die Bundesabgabenordnung als zentrales Gesetz im Abgabenverfahren	17
1.2 Ein Unternehmen wird eröffnet – Was ist zu tun?	19
1.2.1 Die Anzeige der Aufnahme der Tätigkeit beim zuständigen Finanzamt	20
1.2.2 Die Kommunikation mit dem Finanzamt	22
1.3 Die laufende Tätigkeit – Was ist zu tun?	24
1.3.1 Die Offenlegungs- und Wahrheitspflicht	25
1.3.2 Die Anzeigepflicht	26
1.3.3 Die Führung von Büchern und Aufzeichnungen	27
1.3.4 Die Einreichung von Abgabenerklärungen	28
1.3.5 Die Hilfeleistung bei Amtshandlungen	28
1.4 Aus Rechten und Pflichten abgeleitete Verfahrensgrundsätze	28
1.4.1 Der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	29
1.4.2 Der Grundsatz der Amtswegigkeit	29
1.4.3 Der Grundsatz der Wahrung des Parteihörs	30
1.4.4 Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung und der Unbeschränktheit der Beweismittel	30
1.4.5 Kein Neuerungs- und Verschlechterungsverbot	31
1.4.6 Der Grundsatz von Treu und Glauben	32
1.4.7 Der Grundsatz der beiderseitigen Kostentragung	32
1.5 Zusammenfassung & Würdigung	32
Kapitel 2 Welche Aufzeichnungen sind zu führen?	
2.1 Einleitung	33
2.2 Was sind Bücher und Aufzeichnungen?	33
2.3 Welche Bücher und Aufzeichnungen sind gem UGB zu führen?	34
2.3.1 Was ist die rechtsformabhängige Rechnungslegungspflicht?	35
2.3.2 Was ist die umsatzabhängige Rechnungslegungspflicht?	36
2.4 Welche Bücher und Aufzeichnungen sind gem § 125 und § 126 BAO zu führen?	39

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.5 Welche Bücher und Aufzeichnungen sind gem § 126 BAO zu führen?	42
2.6 Was ist ein Wareneingangsbuch und wer hat es zu führen?	43
2.7 Wie sind die Bücher und Aufzeichnungen zu führen?	46
2.8 Welche Formvorschriften sind zu beachten?	46
2.9 Welche Bedeutung haben die Ordnungsgrundsätze der §§ 131 ff BAO?	49
2.10 Was versteht man unter materieller Ordnungsmäßigkeit?	50
2.11 Welche Vorschriften sind bei der elektronischen Buchführung zu beachten? .	51
2.12 Die neuen verfahrensrechtlichen Regelungen zur Registrierkasse	52
2.12.1 Registrierkassenpflicht	53
2.12.1.1 Einzelaufzeichnung der Barumsätze	53
2.12.1.2 Einzelaufzeichnung bei Automaten	55
2.12.1.3 Registrierkasse – eine Definition	56
2.12.1.4 Vereinfachte Lösungsermittlung und Erleichterung für mobile Berufe ..	56
2.12.1.5 Voraussetzungen des elektronischen Systems	58
2.12.1.6 Besonderheiten bei großen Unternehmen	59
2.12.2 Belegerteilungspflicht	59
2.13 Ist eine Buchführung in Excel erlaubt?	62
2.14 Wo sind die Bücher und Aufzeichnungen zu führen?	63
2.15 Gibt es besondere Regelungen für Landes- und Gemeindeabgaben?	65
2.16 Wie lange sind die Bücher und Aufzeichnungen aufzubewahren?	65
2.17 Zusammenfassung & Würdigung	66
Kapitel 3 Auswirkungen des Verfahrensrechts auf die Liquiditätsplanung	
3.1 Problemaufriss	67
3.2 Sozialversicherungsbelastung 2017	68
3.2.1 Sozialversicherungsbeitragssätze 2017	68
3.2.2 Sozialversicherungsrechtliche Beitragsgrundlage	69
3.2.3 Vorschreibung der Sozialversicherungsbeiträge	70
3.2.3.1 Vorläufige Beitragsvorschreibung	70
3.2.3.2 Endgültige Beitragsvorschreibung	71
3.2.4 Liquiditätsplanung vorläufiger Sozialversicherungsbeiträge	72
3.2.5 Liquiditätsplanung der „endgültigen“ Nachbemessung	73

	Seite
3.2.6 Stundungsmöglichkeiten und Zinsbelastung	75
3.2.6.1 Nichtentrichtung der laufenden Beiträge	75
3.2.6.2 Nichtentrichtung der Nachforderungen aus der endgültigen SV-Grundlage	75
3.3 Einkommensteuerbelastung	77
3.3.1 Einkommensteuersätze 2017	77
3.3.2 Einkommensteuerliche Bemessungsgrundlage	78
3.3.3 Vorschreibung der Einkommensteuer	79
3.3.3.1 Einkommensteuervorauszahlung	79
3.3.3.2 Endgültige Einkommensteuerfestsetzung	80
3.3.4 Liquiditätsplanung Einkommensteuervorauszahlung	80
3.3.4.1 Antragsgebundene Änderung der Vorauszahlungen	81
3.3.4.2 Amtswegige Änderung der Vorauszahlung	82
3.3.5 Liquiditätsplanung Einkommensteuerveranlagung	84
3.3.5.1 Abgabetermin der Einkommensteuererklärung	84
3.3.5.2 Zahlungsfristen Einkommensteuernachzahlung	85
3.3.5.3 Liquiditätsoptimaler Abgabezeitpunkt der Steuererklärung	85
3.3.6 Stundungsmöglichkeiten	86
3.3.6.1 Verspätete Zahlung – Säumniszuschlag	86
3.3.6.2 Stundung und Ratenvereinbarung	86
3.3.6.3 Stundungszinsen oder Anspruchszinsen	88
3.4 Zusammenfassung & Würdigung	89

Kapitel 4 Der Abgabenbescheid

4.1 Allgemeines	90
4.1.1 Formale Vorschriften	90
4.1.2 Inhaltliche Vorschriften	92
4.1.3 Bescheidmängel und ihre Folgen	92
4.1.4 Das Wirksamwerden von Bescheiden	93
4.2 Arten von Abgabenbescheiden	94
4.2.1 Veranlagungsbescheide	94
4.2.2 Feststellungsbescheide (§ 188 BAO)	95
4.2.3 Vorläufige Bescheide (§ 200 BAO)	95
4.2.4 Festsetzungsbescheide (§ 201 BAO)	97
4.2.5 Auskunftsbefehle (§ 118 BAO)	98
4.2.6 Bescheide im Verfahren zur Einhebung der Abgaben	98

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4.3 Abänderung von Bescheiden	99
4.3.1 Bescheidberichtigung gem § 293 BAO	99
4.3.2 Bescheidberichtigung gem § 293a BAO	100
4.3.3 Bescheidberichtigung gem § 293b BAO	100
4.3.4 Bescheidänderung/-zurücknahme gem § 294 BAO	101
4.3.5 Bescheidänderung gem § 295 BAO	101
4.3.6 Bescheidänderung gem § 295a BAO	102
4.4 Aufhebung von Bescheiden	102
4.4.1 Bescheidaufhebung nach § 299 BAO	102
4.4.2 Wiederaufnahme des Verfahrens gem § 303 BAO	103
4.5 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	105
4.6 Zusammenfassung & Würdigung	105
Kapitel 5 Rechtsmittel und sonstige Maßnahmen im Abgabenverfahren	
5.1 Einführung	106
5.2 Ordentliche Rechtsmittel	107
5.2.1 Beschwerde (Bescheidbeschwerde)	108
5.2.2 Vorlageantrag	116
5.2.3 Rechtsmittelverfahren	119
5.2.3.1 Formalentscheidung	120
5.2.3.2 Entscheidung in der Sache	122
5.2.4 Maßnahmenbeschwerde	125
5.2.5 Säumnisbeschwerde	126
5.3 Außerordentliche Rechtsmittel	128
5.4 Sonstige Maßnahmen zur Veränderung eines Bescheides	129
5.4.1 Überblick über die Möglichkeiten der Rechtskraftdurchbrechung in der BAO	129
5.4.2 Bescheidberichtigungen (§§ 293, 293a, 293b BAO)	131
5.4.3 Anpassung abgeleiteter Bescheide (§ 295 BAO)	133
5.4.4 Anpassung aufgrund eines rückwirkenden Ereignisses (§ 295a BAO)	134
5.4.5 Bescheidaufhebungen (§ 299 BAO)	135
5.4.6 Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 303 BAO)	137
5.4.7 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 308 BAO)	139
5.5 Zusammenfassung & Würdigung	140

	Seite
Kapitel 6 Rückwirkendes Ereignis gem § 295a BAO	
6.1 Einleitung	141
6.2 Rückwirkendes Ereignis	142
6.2.1 Was ist ein abgabenrelevantes Ereignis?	142
6.2.2 Wann wirkt ein Ereignis in die Vergangenheit?	142
6.2.3 Nachträglicher Eintritt des Ereignisses	143
6.3 Rechtskraftdurchbrechung	144
6.3.1 Bescheidänderung auf Antrag des Abgabepflichtigen	144
6.3.2 Bescheidänderung von Amts wegen	145
6.3.3 Ermessen der Abgabenbehörde	145
6.3.4 Anzeigepflicht des Abgabepflichtigen	146
6.3.5 Teilrechtskraft	147
6.3.6 Exkurs: Anspruchszinsenherabsetzung gem § 205 Abs 6 BAO	147
6.4 Verjährung	148
6.5 Anwendungsfälle für rückwirkende Ereignisse	150
6.5.1 Anrechnung von Kostenbeiträgen der Gebietskrankenkasse auf die Krankheitskosten	150
6.5.2 Betriebsaufgabe unter Hauptwohnsitzbefreiung gem § 24 Abs 6 EStG	151
6.5.3 Nachträgliche Besteuerung im Ausland	152
6.5.5 Nachzahlung von Pensionen	153
6.5.6 Entscheidungen von Gerichten und Verwaltungsbehörden	153
6.5.7 Nachweis der Behinderung	154
6.6 Zusammenfassung & Würdigung	154
Kapitel 7 Nebenansprüche wie Zinsen und Zuschläge	
7.1 Was sind Nebenansprüche	155
7.2 Abgabenerhöhungen	156
7.3 Der Verspätungszuschlag	157
7.4 Die Beschwerdezinnsen	163
7.5 Die Anspruchszinsen	164
7.6 Die Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen	167
7.7 Die Stundungszinsen	168
7.8 Die Aussetzungszinsen	169

	Seite
7.9 Der Säumniszuschlag	171
7.10 Zusammenfassung & Würdigung	172
Kapitel 8 Steuer- und sonstige Prüfungen der Finanzverwaltung	
8.1 Problemaufriss – Einleitung	174
8.2 Allgemeines und Zielsetzung der Außenprüfung	174
8.2.1 Begriff der Betriebs- bzw Außenprüfung	174
8.2.2 Zielsetzung der Außenprüfung	174
8.2.3 Rechtliche Grundlagen der Außenprüfung	175
8.3 Organisation einer Außenprüfung	176
8.3.1 Prüfständigkeiten	176
8.3.2 Gegenstand einer Außenprüfung	177
8.3.3 Prüfbarer Personenkreis	177
8.3.4 Ort einer Außenprüfung	177
8.4 Ablauf einer Außenprüfung	178
8.4.1 Ankündigung der Außenprüfung („Anmeldung“)	178
8.4.2 Prüfungsbeginn	179
8.4.2.1 Definition und Bedeutung	179
8.4.2.2 Rechtzeitige Erstattung einer Selbstanzeige	179
8.4.2.3 Verlängerung der Verjährungsfrist durch eine Außenprüfung	180
8.4.3 Prüfungsauftrag	181
8.4.3.1 Allgemeines und Inhaltserfordernisse	181
8.4.3.2 Prüfungszeitraum	181
8.4.3.3 Rechtsmittel gegen Prüfungsauftrag	183
8.4.4 Vorlage der Bücher und Aufzeichnungen	183
8.4.5 Prüfungsabschluss	185
8.4.5.1 Schlussbesprechung	185
8.4.5.2 Niederschrift über die Schlussbesprechung	186
8.4.5.3 Prüfungsbericht über Ergebnis der Außenprüfung	187
8.4.6 Bescheidausfertigung	189
8.5 Prüfungsverfahren anderer Art	190
8.5.1 Prüfungsverfahren in der Umsatzsteuer	190
8.5.2 Prüfung der Lohnsteuer sowie lohnabhängiger Abgaben	192
8.5.2.1 Lohnsteuerprüfung	192
8.5.2.2 Gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben (GPLA)	192

	Seite
8.5.3 Spezialprüfungen	193
8.5.3.1 Systemprüfung	193
8.5.3.2 Prüfung von Auslandsbeziehungen („Auslandsprüfung“)	193
8.5.3.3 Konzernprüfungen	193
8.5.4 Prüfung von Gebühren, Verkehrsteuern, Glücksspiel- und Flugabgabe	194
8.5.5 Liquiditätsprüfung	194
8.5.6 Sonstige (nicht in § 147 BAO geregelte) Prüfungsverfahren	194
8.5.6.1 Erhebung	194
8.5.6.2 Nachschau	195
8.6 Paradigmenwechsel: Horizontal Monitoring	196
8.7 Zusammenfassung & Würdigung	197

Kapitel 9 Das Verfahren vor dem Bundesfinanzgericht

9.1 Aufgaben, Organisation und Rechtsstellung des BFG	199
9.1.1 Allgemeines	199
9.1.2 Aufgaben	199
9.1.3 Organisation	200
9.1.4 Evidenzierung und Veröffentlichung der Entscheidungen	208
9.2 Allgemeine Bemerkung	208
9.2.1 Beschwerden an das BFG	208
9.2.2 Vorverfahren in Bezug auf Revisionen an den VwGH	209
9.2.3 Anträge an den VfGH zur Prüfung von Normen und Anträge auf Vorabentscheidung an den EuGH	210
9.3 Allgemeine Bemerkung	210
9.4 Der Weg zum BFG	210
9.4.1 Grundsätzliches	210
9.4.2 Beschwerdevorentscheidung (BVE) und Vorlageantrag	211
9.4.3 Auf den Vorlageantrag sinngemäß anwendbare Bestimmungen	212
9.4.4 Nur hinsichtlich der Bescheidbeschwerde anzuwendende Bestimmungen	214
9.5 Grundzüge des Verfahrens vor dem BFG	215
9.5.1 Kontradiktorisches Verfahren	215
9.5.2 Bei der Abgabenbehörde verbleibende Rechte und Pflichten, Verfahren gem § 300 BAO	215
9.5.3 Verständigungspflicht des Beschwerdeführers	217

Inhaltsverzeichnis

	Seite
9.5.4 Kein Verböserungsverbot	217
9.5.5 Kein Neuerungsverbot	218
9.5.6 Keine Bagatellgrenze	218
9.5.7 Keine Vertretungspflicht	219
9.5.8 Verfahrenskosten	219
9.5.9 Verfahrenshilfe	219
9.6 Ermittlungsverfahren	221
9.6.1 Allgemeines	221
9.6.2 Beweisanträge	222
9.6.3 Aussetzung der Entscheidung gem § 271 BAO	222
9.7 Vorabentscheidungsverfahren	223
9.8 Die Entscheidung des Bundesfinanzgerichtes (BFG)	223
9.8.1 Zuständigkeit zur Entscheidung	223
9.8.2 Ablehnungsrecht in Bezug auf den Einzelrichter oder ein Mitglied des Senates (§ 268 BAO)	225
9.8.3 Besondere Bestimmungen für die Entscheidung durch den Senat	225
9.8.4 Mündliche Verhandlung	227
9.8.5 Verbindung von Beschwerden zu einem gemeinsamen Verfahren (§ 267 BAO)	231
9.8.6 Arten der Entscheidung (§ 278 BAO)	231
9.8.7 Einheitlichkeit der Entscheidung	233
9.8.8 Bindungswirkung	233
9.8.9 Form und Inhalt von das Beschwerdeverfahren abschließenden Erledigungen	234
9.9 Verjährung	234
9.10 Klaglosstellung gem § 289 BAO	235
9.11 Säumnisbeschwerdeverfahren vor dem Bundesfinanzgericht	236
9.12 Maßnahmenbeschwerde (§ 283 BAO)	236
9.13 Umsetzung von BFG-Entscheidungen	238
9.14 Abweichend geregelte Beschwerdeverfahren	238
9.14.1 Beschwerdeverfahren im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren und im Zollverfahren	238
9.14.2 Beschwerden gegen Maßnahmen der Finanzpolizei	239
9.14.3 Verwaltungsstrafverfahren im Zusammenhang mit den übertragenen Landes- und Gemeindeabgaben	239

	Seite
9.14.4 Verfahren im Zusammenhang mit der Konteneinschau	239
9.14.5 Besonderheiten in Beschwerdeverfahren betreffend die Feststellung der Scheinunternehmereigenschaft nach dem Sozialbetrugs- bekämpfungsgesetz (SBBG)	240
9.15 Zusammenfassung & Würdigung	240
9.16 Gegenüberstellung der Fundstellen in der BAO in der Fassung vor FVwGG 2012 und in der Fassung BGBl I 117/2016	242

Kapitel 10 Verfahren vor dem VwGH und VfGH

10.1 Einleitung	244
10.2 Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	245
10.2.1 Organisation des Verwaltungsgerichtshofes	245
10.2.2 Allgemeines	246
10.2.3 Revision	249
10.2.3.1 Revisionsfrist	251
10.2.3.2 Inhalt der Revision	253
10.2.3.3 Vorverfahren	254
10.2.3.4 Aufschiebende Wirkung	257
10.2.3.5 Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes	258
10.2.4 Fristsetzungsantrag	260
10.2.5 Kosten	261
10.3 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	263
10.3.1 Organisation des Verfassungsgerichtshofes	263
10.3.2 Allgemeines	263
10.3.3 Beschwerde nach Art 144 B-VG	264
10.3.3.1 Beschwerdefrist	264
10.3.3.2 Inhalt der Beschwerde	265
10.3.3.3 Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes	265
10.4 Parallel- und Sukzessivverfahren	267
10.5 Zusammenfassung	268

Kapitel 11 Verjährung im Abgabeverfahren

11.1 Allgemeines und Überblick	269
11.2 Die Bemessungsverjährung	269
11.2.1 Allgemeines	269

Inhaltsverzeichnis

	Seite
11.2.2 Verjährungsfristen	270
11.2.3 Verjährung bei hinterzogenen Abgaben	272
11.2.3.1 Praxistipp im Zusammenhang mit Außenprüfungen	272
11.2.4 Beginn der Verjährung	273
11.2.5 Verlängerung der Bemessungsverjährung	274
11.2.5.1 Voraussetzungen/Amtshandlungen	274
11.2.5.2 Dauer der Verlängerung	276
11.2.6 Die absolute Verjährung	277
11.2.7 Rechtmäßige Abgabenfestsetzungen nach Eintritt der Verjährung	278
11.3 Die Einhebungsverjährung	280
11.4 Exkurs – Finanzstrafrechtliche Bestimmungen im Überblick und Auswirkungen im Abgabenrecht	282
11.4.1 Allgemeines	282
11.4.2 Verjährungsfristen im Finanzstrafrecht	282
11.4.2.1 Relative Verjährungsfrist (§ 31 Abs 1 bis 4 FinStrG)	282
11.4.2.2 Absolute Verjährungsfrist (§ 31 Abs 5 FinStrG)	283
11.4.3 Wechselwirkungen im Abgaben- und Finanzstrafrecht	285
11.5 Zusammenfassung & Würdigung	286
Kapitel 12 Die rechtsverbindliche Auskunft	
12.1 Problemaufriss	287
12.2 Welche Abgabenarten können „abgeklopft“ werden	287
12.3 Exkurs: Lohnsteuer- und Sozialversicherungsfragen	288
12.4 Exkurs: Rechtssicherheit bei der Forschungsförderung	289
12.5 Die Kosten des Antrages	289
12.6 Die Antragstellung	290
12.6.1 Wer ist zur Antragstellung berechtigt?	290
12.6.2 Was hat der Antrag zu beinhalten?	291
12.6.3 Welche Behörde ist zuständig?	292
12.6.4 Inhalt des Auskunftsbescheides	293
12.7 Rechtliche Wirkung des Auskunftsbescheides	293
12.8 Aufhebung des Auskunftsbescheides	294
12.9 Informationsweitergabe	294
12.10 Zusammenfassung & Würdigung	295

	Seite
Kapitel 13 Zusammenspiel von BAO und Finanzstrafrecht	
13.1 Problemaufriss	296
13.2 Wann kommt das FinStrG zur Anwendung?	297
13.2.1 Welche Abgaben unterliegen dem FinStrG?	297
13.2.2 Ist jede Abgabennachzahlung strafrelevant?	297
13.3 Willkürliches Verhalten	298
13.4 Tatbildmäßiges Verhalten – die Tatbestände	298
13.4.1 Abgabenhinterziehung	299
13.4.2 Grob fahrlässige Abgabenverkürzung	301
13.4.3 Finanzordnungswidrigkeit	301
13.5 Rechtswidriges Verhalten	302
13.6 Schuldhaftes Verhalten	303
13.6.1 Vorsatz	303
13.6.2 Fahrlässigkeit	303
13.7 Straffreiheit bei Irrtum	304
13.7.1 Irrtum	304
13.7.2 Entschuldbare Fehlleistung als Irrtum	305
13.8 Ermittlungspflicht der Strafbehörde und der Betriebsprüfungs-Bericht	305
13.8.1 Betriebsprüfungs-Bericht entscheidet über Einleitung oder Einstellung ...	305
13.8.2 „Normales“ Finanzstrafverfahren oder verkürztes Verfahren	306
13.9 Vermeidung eines Finanzstrafverfahrens	307
13.9.1 Der Verkürzungszuschlag zur Vermeidung des Strafverfahrens	307
13.9.2 Die strafbefreiende Selbstanzeige	309
13.9.2.1 Zuständige Behörde	309
13.9.2.2 Offenlegung der bedeutsamen Umstände	309
13.9.2.3 Darlegung der Verfehlung	310
13.9.2.4 Entrichtung der verkürzten Abgaben	310
13.9.2.5 Rechtzeitigkeit der Selbstanzeige	311
13.9.2.6 Täternennung	312
13.9.2.7 Abgabenerhöhung	312
13.10 Absehen von einer Strafe	314
13.11 Zusammenfassung & Würdigung	314

Kapitel 14 Digitale Buchführung und Belegverarbeitung

14.1 Problemaufriss	315
14.2 Belegaufbewahrung – status quo	316
14.3 Belegaufbewahrung – mit Blick nach Deutschland	317
14.3.1 Der Scanvorgang und die Dokumentation	317
14.3.2 Weiterverarbeitung und Vernichtung der Belege?	319
14.4 Art der Zurverfügungstellung der Unterlagen	319
14.5 Zu hohe Anforderungen an die Digitalisierung?	320
14.6 Zusammenfassung & Würdigung	321

Kapitel 15 Zuständigkeit und Zustellung

15.1 Grundlegendes	322
15.2 Das zuständige Finanzamt	322
15.2.1 Die sachliche Zuständigkeit	323
15.2.2 Die örtliche Zuständigkeit	324
15.2.3 Ergänzendes zur Zuständigkeit	326
15.3 Ausgewählte Fragen zur Zustellung	328
15.3.1 Zustellung über FinanzOnline	328
15.3.2 Weitere Fragestellungen iZm der Zustellung	330
15.4 Zusammenfassung & Würdigung	331

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	332
Paragrafenverzeichnis	334
Stichwortverzeichnis	346
Autorenverzeichnis	359



Zusätzlich stehen Käufern die mit dem Downloadsymbol gekennzeichneten Downloads unter www.dbv.at/downloads/ im Menüpunkt „Ergänzungen zu dbv-Werken“ zur Verfügung.